

Gauweiler: Asylrecht für „wirklich Verfolgte“

CSU Vize-Parteichef spricht in Wertach

Wertach/Oberallgäu „Wir brauchen Europa“, sagte Dr. Peter Gauweiler, CSU-Vizechef und Bundestagsabgeordneter beim politischen Frühschoppen des CSU-Kreisverbandes in Wertach. Der Freistaat Bayern als attraktivster Wirtschaftsstandort des Kontinents nehme hier Vorbildfunktion ein. „Ein starkes Bayern tut Europa gut.“

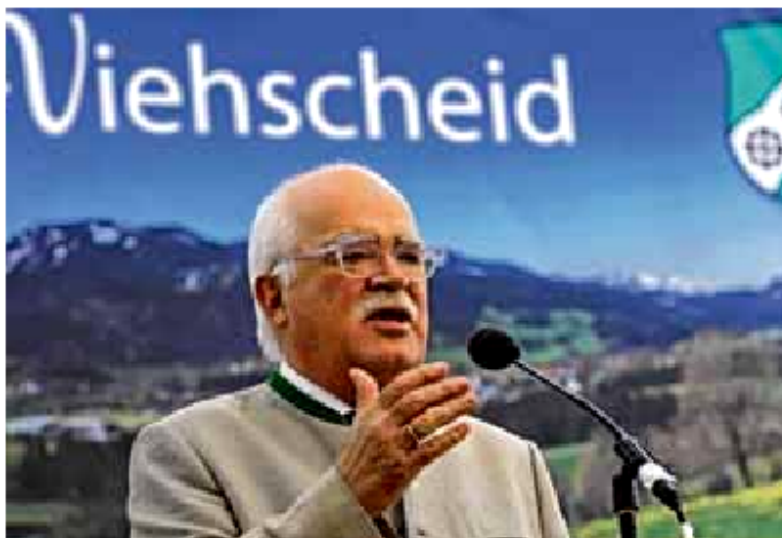
„Das Exportland Bayern ist in besonderer Weise auf Europa als Wirtschaftsraum angewiesen“, so Gauweiler. „Unseren Wohlstand und unsere Zukunftschancen sichern wir nur mit Europa.“ Dennoch sei für die Zukunft ein „besseres Europa“ notwendig. Ein Europa, das weniger bürokratisch und weniger zentralistisch ist, ein Europa, das die Regionen respektiert und das sich nicht als „Projekt der politischen Eliten, sondern als „Projekt der Bevölkerung“ versteht.

„Wir wollen keinen Zentralstaat Europa“, so Dr. Gauweiler. Die europäische Einigung solle zu den bestehenden Staaten und Regionen hinzukommen – nicht aber an deren Stelle treten. „Europa soll sich nicht in Belange einmischen, die die Mitgliedsstaaten, Länder und Kommunen selbst regeln können.“

Die CSU setze sich vehement für

ein starkes Europa und für einen stabilen Euro ein, so Gauweiler weiter und forderte ein Vetorecht für Deutschland im Rat der Europäischen Zentralbank. Länder, die die Stabilitätskriterien dauerhaft nicht erfüllen, sollten die Eurozone verlassen können. Über tausend Milliarden Euro seien in der Vergangenheit durch Rettungsschirme und durch die Europäische Zentralbank EU-Mitgliedsstaaten zur Verfügung gestellt worden. Das habe Schmerzen gelindert, aber die Selbstheilung verzögert. Die „Scheckbuch-Politik“ müsse man beenden.

Entscheidend für die Zukunft sei ein Europa mit einer leistungsfähigen Außen- und Sicherheitspolitik. Gleichzeitig müsse der Armutsmigration in Europa Einhalt geboten werden, und das Asylrecht müsse den „wirklich Verfolgten“ vorbehalten sein. Dieses Thema nahm auch die stellvertretende Landrätin Gertrud Knoll in ihrer Begrüßungsansprache in den Fokus. Man müsse zwischen Wirtschafts- und Kriegsflüchtlingen unterscheiden, sagte sie. Menschen, die wegen der politischen Lage in ihrer Heimat ihr Land verlassen müssen, sollten die Chance haben, in Deutschland aufgenommen zu werden, sagte Knoll. (oh)



Das für den Viehscheid in Wertach aufgebaute Festzelt nutzte die CSU für eine Veranstaltung mit dem stellvertretenden Parteichef Dr. Peter Gauweiler. Foto: Raif Lienert